MITTEILUNGEN
Nummer 5 – Dezember 2007

AUS DEM INHALT

‣ Kommunaler Finanzausgleich 2008
‣ KVB und Landkreistag unterzeichnen Kooperation
‣ Vertrag von Lissabon

BAYERISCHER LANDKREISTAG
Inhalt

Grußwort
Grußwort zum Jahreswechsel 3

Wirtschaft und Finanzen
Kommunaler Finanzausgleich 2008 4
Gutachten des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung 5
Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum Finanzausgleich 9
Existenzgründerpakt Bayern 10

Jugend und Soziales
Bayerischer Landkreistag auf der ConSozial 2007 in Nürnberg 10
KVB und Landkreistag unterzeichnen Kooperation 10

Innovation
Geobasisdaten für alle Landkreise Bayerns 14
Bayerischer Energiepreis 2008 14
Rechtliche Grundlagen für die kommunale Doppik ergänzt 15

Aus den Landkreisen
Landkreis Cham erhält Integrationspreis „JobErfolg“ 16
Landkreis Straubing-Bogen verleiht Ausbildungspreise 2007 17
Hohe Auszeichnung für Landrat Theo Zellner durch den Deutschen Olympischen Sportbund 17
Projekt „Demographische Entwicklung aktiv gestalten“ 17
Neues Energieportal im Internet 18
Landkreis Cham als Leader-Region 19

Deutscher Landkreistag
Kommunen als Einheitliche Ansprechpartner für in- und ausländische Dienstleister 20
Referentenentwurf Erneuerbare Energien im Strombereich 20
Deutsch-französisch-polnische Kommunalkonferenz in Warschau 21
Landkreise engagieren sich gegen Fremdenfeindlichkeit 21

Europa
Vertrag von Lissabon 22
EU-Kommission präsentiert Arbeitsprogramm für 2008 24

Veranstaltungen
Tagung „Alter und Kultur“ im April 2008 in Nürnberg 24

Personalienn

Impressum:
Herausgeber und Verlag:
Bayerischer Landkreistag
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Kardina-Döpfner-Straße 8
80333 München
Postfachadresse:
Postfach 34 02 63
80099 München
Telefon (0 89) 28 66 15 - 0
Telefax (0 89) 28 28 21
Internet: www.bay-landkreistag.de
e-mail: info@bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich
Johannes Reile
Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags

Herstellung:
Druckhaus Deutsch GmbH
Machtfiger Straße 21
81379 München

Die Mitteilungen wurden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.


Als eine weitere wichtige Zukunftsaufgabe sieht der Bayerische Landkreistag die Sozial- und Jugendhilfe im ländlichen Raum, die gleichzeitig auch an die Demographieproblematik gekoppelt ist. Während des diesjährigen Landräte-Seminars haben die bayerischen Landrätiinnen und Landräte ein sozialpolitisches Eckpunktepapier entwickelt. Die bayerischen Landkreise streben eine generationenübergreifende Familienpolitik an, die für die Jugendlichen in der Erwerbs- und Erwachsenenwelt, Frühwarnsysteme für vermehrte auftretende Kindeswohlgefährdungen und Seniorenpolitik als sozialpolitischer Schwerpunkt umsetzen.


Ebenso unbefriedigend verlief die politische und finanzielle Entwicklung im Bereich des Bürgergelds. Zwar begrüßen die Landkreise im Grundsatz die Abschaffung des Bürgergelds, doch bleibt ein Wermutstropfen, da im laufenden Schuljahr bei etlichen Landkreisen erhebliche Defizite entstehen. Sie abzubauen wird nicht leicht sein. Mit der neuen Gesetzesregelung, die noch ausverhandelt werden muss, müssen die Sachaufwandsträger jedenfalls deutlich entlastet werden.


Zusammengefasst möchte ich feststellen:

Mit dem Jahr 2007 können wir zufrieden sein. Wir haben für die Landkreise in schwierigen Finanzausgleichsverhandlungen einen deutlichen Anstieg der Schlüsselzuweisungen erreicht; außerdem hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof in seiner Entscheidung den Landkreisen einen Anspruch abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates zugewilligt, was diesen ermöglicht, von der guten staatlichen Haushaltslage zu profitieren. Der Bayerische Landkreistag hat eine Vorreiter-Rolle übernommen: Frühere Jahr haben wir uns der Klima-Allianz angegeschlossen, deren Mitgliederzahl immer mehr wächst. Auch haben wir erste, wichtige Marksteine für die sozialpolitische Entwicklung im ländlichen Raum gesetzt. Wir werden diese fortentwickeln, damit das wahr bleibt, was wir fordern: Der ländliche Raum muss ein den städtischen Ballungsräumen gleichwertiger Lebens- und Arbeitsraum sein.


Kommunaler Finanzausgleich 2008

Landkreistagspräsident Zellner: „Wichtigste Ziele erreicht“


Im Einzelnen konnte erreicht werden:

### 1. Strukturelle Änderungen;
**Entwicklung der Steuerverbünde:**


Die Mittel aus der Kraftfahrzeugsteuerüberlassung werden wie folgt verwendet:

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>HH 2007 in Mio. €</th>
<th>HH 2008 in Mio. €</th>
<th>Veränderung gegenüber Vorjahr in Mio. € in %</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Straßenbau</td>
<td>214,0</td>
<td>246,0</td>
<td>32,0 15,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Kommunale Umgehungstraßen</td>
<td>17,0</td>
<td>17,0</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Abwasserförderung</td>
<td>121,3</td>
<td>141,3</td>
<td>20,0 16,5</td>
</tr>
<tr>
<td>ÖPNV-Gesetz-Festbetrag</td>
<td>51,3</td>
<td>51,3</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>ÖPNV-Investitionsförderung</td>
<td>71,5</td>
<td>71,5</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sozialhilfeausgleich</td>
<td>182,1</td>
<td>233,0</td>
<td>50,9 28,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>658,0</td>
<td>761,0</td>
<td>103,0 15,7</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Kreisstraßenpauschalen werden 2008 gegenüber 2007 um 11 % aufgestockt. Für jeden

1. km je 1000 EW = 590 € 660 €
2. km je 1000 EW = 2.610 € 2.900 €
3. km je 1000 EW = 3.500 € 3.890 €
4. km je 1000 EW = 4.930 € 5.450 €

### 2. Stärkung der Investitionsfördermittel:
Die Investitionsmittel steigen gegenüber dem Vorjahr um 102,7 Mio. Euro an. Im Einzelnen:

- Schulhausbau:
  + 25,6 Mio. € auf 215 Mio. €
- Straßenbau und -unterhalt:
  + 32,1 Mio. € auf 246 Mio. €
- Abwasserförderung:
  + 20,0 Mio. € auf 141 Mio. €
- Krankenhausfinanzierung:
  + 25,0 Mio. € auf 477,6 Mio. €

### 3. Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs für die Bezirke und Änderung des Verteilungsschlüssels
Die Bezirksumlagesätze in den einzelnen Bezirken werden sich nach Presseveröffentlichungen wie folgt entwickeln:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bezirk</th>
<th>Bezirksumlagesätze in v.H.</th>
<th>Veränderung gegenüber 2007</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>2004</td>
<td>2005</td>
</tr>
<tr>
<td>Oberbayern</td>
<td>23,55</td>
<td>26,00</td>
</tr>
<tr>
<td>Niederbayern</td>
<td>23,00</td>
<td>24,50</td>
</tr>
<tr>
<td>Oberpfalz</td>
<td>23,40</td>
<td>23,40</td>
</tr>
<tr>
<td>Oberfranken</td>
<td>23,60</td>
<td>25,10</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittelfranken</td>
<td>23,65</td>
<td>25,55</td>
</tr>
<tr>
<td>Unterfranken</td>
<td>21,95</td>
<td>21,95</td>
</tr>
<tr>
<td>Schwaben</td>
<td>25,30</td>
<td>28,10</td>
</tr>
<tr>
<td>Durchschnitt</td>
<td>24,14</td>
<td>25,42</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* Angabe in Prozent ohne Gewähr


Seitens des Finanzministeriums wurde in den Finanzausgleichsgesprächen vorgetragen, dass der gegenwärtige Verteilungsschlüssel nach Art. 15 FAG stark umstritten sei. Deshalb hat das Finanzministerium vorgeschlagen, die bisherigen Verteilungskriterien zu verändern. Folgende Komponenten sind davon betroffen:

- Der Ansatz für allgemeine Einwohner wird von 0,2 auf 0,3 aufgestockt;
- der Ansatz für Ausländer entfällt
- der durchschnittliche Umlagekraft-Ansatz wird von 20 % auf 18 % gesenkt;
- der Ausgleichssatz von 65 % auf 75 % angehoben.

Die Ausgleichsleistungen nach Art. 15 FAG an die einzelnen Bezirke haben sich seit 2003 wie folgt entwickelt:

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>100 % Ausg. Anteil</td>
<td>170,8</td>
<td>180,7</td>
<td>192,1</td>
<td>204,2</td>
<td>216,3</td>
<td>228,5</td>
<td>240,7</td>
<td>252,9</td>
<td>265,1</td>
</tr>
<tr>
<td>70 % Ausg. Anteil</td>
<td>98,7</td>
<td>152,1</td>
<td>127,9</td>
<td>123,0</td>
<td>96,2</td>
<td>75,7</td>
<td>85,2</td>
<td>95,0</td>
<td>+ 12,7</td>
</tr>
<tr>
<td>50 % Ausg. Anteil</td>
<td>50,0</td>
<td>56,1</td>
<td>58,0</td>
<td>63,0</td>
<td>69,8</td>
<td>71,1</td>
<td>71,0</td>
<td>71,0</td>
<td>- 0,7</td>
</tr>
<tr>
<td>40 % Ausg. Anteil</td>
<td>35,1</td>
<td>45,4</td>
<td>48,1</td>
<td>55,5</td>
<td>51,1</td>
<td>51,1</td>
<td>51,1</td>
<td>51,1</td>
<td>+ 12,0</td>
</tr>
<tr>
<td>30 % Ausg. Anteil</td>
<td>25,0</td>
<td>80,9</td>
<td>78,7</td>
<td>84,9</td>
<td>97,6</td>
<td>97,6</td>
<td>97,6</td>
<td>97,6</td>
<td>+ 12,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Schwaben</td>
<td>54,7</td>
<td>44,0</td>
<td>54,0</td>
<td>54,0</td>
<td>565,0</td>
<td>580,0</td>
<td>580,0</td>
<td>580,0</td>
<td>+ 15,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Der Verband der bayerischen Bezirke stellte heraus, dass die Schwankungen bei den Ausgleichsleistungen gem. Art. 15 FAG durch den Wegfall der Ausgaben für die Ausländer ab 2006 und durch die unterschiedliche Entwicklung der Umlagekraft 2006 in erster Linie verursacht werden.

4. Belastungen durch Hartz IV

5. Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs


6. Mitfinanzierung der Deutschen Einheit


7. Fazit

Gemeindeschlüsselzuweisungen in Bayern
Gutachten des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung

1. Ausgangssituation


2. Inhalt des Gutachtens

I. Kommunaler Finanzausgleich in Bayern - Ein Überblick
   1. Inhaltliche Abgrenzungen von „Finanzausgleich”
   2. Mittelverwendungen im kommunalen Finanzausgleich Bayerns

II. Fragestellungen und Untersuchungsschwerpunkte des Gutachtens
   1. Die Fragen der Auftraggeber

III. Methodische Anmerkungen zur empirischen Analyse
   1. Bestandsaufnahme
   2. Steuerkraft- und Bedarfsbestimmung

IV. Ergebnisse der empirischen Bestandsaufnahme nach Ebenen und Gemeindegrößenklassen
   1. Struktur, Entwicklung und Verwendung der allgemeinen Deckungsmittel - erste Einschätzungen und Konsequenzen für die weitere Untersuchung
   2. Struktur und Entwicklung der Zuschussbedarfe nach Aufgabenbereichen

V. Das System zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen in Bayern
   1. Steuer- und Umlagekräftemittlung
   2. Bedarfsbestimmung: Haupt- und Ergänzungssätze
   3. Ausgleichsintensität, Sonder- schlüsselzuweisungen und Niveaurangordnung in bayerischem Verteilungssystem für Gemeindeschlüsselzuweisungen

VI. Schlussfolgerungen aus der vorangegangenen Untersuchung: Handlungsbedarfe und Handlungsrestriktionen
   1. Ergebnisse der empirischen Bestandsaufnahme
   2. Die Einschätzung des Verteilungssystems für Schlüsselzuweisungen
   3. Handlungsbedarfe und Handlungsrestriktionen

3. Feststellungen im Gutachten

3.1 Im Beobachtungszeitraum zeigt sich, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden in der Gesamtbetrachtung mit zunehmender Einwohnerzahl ansteigen.

3.2 Mit zunehmender Gemeindegröße steigen die Ausgaben sowohl im kreisangehörigen Raum als auch in den kreisfreien Städten.

3.3 Der kommunale Finanzausgleich in Bayern wählt für die Gemeindebe-

ne vorrangig die Einwohnerzahl der Gemeinden und kreisfreien Städte zur Differenzierung von Bedarfen.

In Bezug auf die Zuschussbedarfe in den Verwaltungshaushalten scheint die Einwohnerzahl trotz aller individuellen Abweichungen in vielen Fällen doch einen relativ hohen statistischen Erklärungswert zu haben.

3.4 Dass gerade in Gemeindegruppen mit weniger als 5.000 Einwohnern für die allgemeine Verwaltung mehr Mittel verwendet werden müssen als in größeren Gemeinden, ist unmittelbar plausibel, ein höherer Aufwand im Schulbereich erklärt sich aus der politischen Vorgabe, dass auch in dünn besiedelten Räumen, in denen Kleinstädten weiterhin in den Grundschulen, Grundschulen in möglichst geringer Entfernung voneinander auch bei niedriger Auslastung vorgehalten werden sollen.

3.5 Eine Alternative zur Hauptansatzstaffel bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen ist kaum realisierbar.

3.6 Die Steueraufbereitung entfällt auf die kommunalen Finanzausgleich ist kritisch zu sehen.

• Nach Auffassung der Gutachter leuchtet es zunächst zumindest nicht unmittelbar ein, dass die Beteiligung der Gemeinden an der Grunderwerbsteuer aus der Steueraufbereitung ausgeschlossen bleibt.

• Für die Realsteuern sind deutliche Unterbewertungen herausgestellt worden, die die Festsetzung der Niveaurangordnung zurückzuführen sind. Diese fiktiven Hebesätze liegen insbeson-

- Bei der Anrechnung der gemeindeeigenen Einkommensteuerbeteiligung sind umgekehrt Effekte sichtbar geworden. Hier werden durch die progressive Berücksichtigung der Einnahmen einkommensteuerwache Gemeinden begünstigt.

Zusammenfassend hält das Gutachten der Steuerkraftermittlung fest: Begünstigt werden zum einen gewerbesteuerstarke, zum anderen einkommensteuerwache Gemeinden. Im Vergleich der tatsächlichen mit den in der Steuerkraft angerechneten Steuereinnahmen haben die kreisfreien Städte am besten abgeschnitten. Unter den kreisangehörigen Gemeinden sind es die kleinsten, die als begünstigt angesehen werden.

3.7 Die Bedarfsbestimmung für den interkommunalen Vergleich erfolgt in Bayern über
- die Einwohnerhinzurechnungen und -gewichtungen
- die „Demografieansätze“ für Gemeinden und Landkreise
- den Zuschlag in Höhe von 10 % auf den Basis-Hauptansatz für kreisfreie Städte
- den Strukturschwächezuschlag für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte der sich an der Zahl der Arbeitslosen in Relation zur gemeindlichen Steuerkraft orientiert. Dieser Ansatz bezahlt sich nicht auf konkret fassbare Aufgaben- und Ausgabenbelastungen.

Das Nebeneinander von allgemeinen Schlüsselzuweisungen und Sondervorschriften erschwert den Überblick. Letztlich muss vermutet werden, dass die Ausgleichsseffekte durch die Kombination beider Zuweisungsformen – noch verstärkt durch den Strukturschwächezuschlag – zu einer deutlich höheren Ausgleichsintensität führen, als ein erster Blick auf die gesetzlichen Regelungen vermuten ließe.

4. Fazit des Gutachtens


5. Weitere Vorgehen der Arbeitsgruppe


Landkreistag begrüßt Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich

Der Bayerische Landkreistag sieht sich durch die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich in seiner Position gestärkt.

die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich


Existenzgründerpakt Bayern

Bayerischer Landkreistag als Paktpartner


Bayerischer Landkreistag auf der ConSozial 2007 in Nürnberg

Der Bayerische Landkreistag war im Jahr 2007 erstmals mit einem eigenen Stand auf der ConSozial, der größten Sozialfachmesse in Deutschland, vertreten. Unter der Schirmherrschaft der Geschäftsstelle haben zwölf Landkreise verschiedene Projekte aus dem Bereich der Sozial-, Jugend- und Altenhilfe präsentiert.


Der rege Besuch des Messesandes hat deutlich gemacht, welches Potenzial für die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes und der Landkreise in einer Teilnahme an der ConSozial liegt. Sämtliche teilnehmenden Landkreise haben auf Arbeitsebene ihre Bereitschaft und ihr Interesse bekundet, auch im nächsten Jahr an der ConSozial wieder teilzunehmen.

Damit die medizinische Versorgung der Menschen im ländlichen Raum auch in Zukunft sichergestellt ist

KVB und Landkreistag unterzeichnen Kooperation


„Die Menschen im ländlichen Raum haben das gleiche Anrecht auf eine medizinische Versorgung wie diejenigen in den Städten“, so Landrat Herbert
Jugend u. Soziales

Bayerischer Landkreistag · Mitteilungen Nr. 5 · Dezember 2007

Eckstein. „Was aber, wenn der Trend sich fortsetzt, und es immer weniger Nachwuchs für die haus- und fachärztlichen Praxen gibt? Die Wege für die Patienten, die medizinische Hilfe benötigen, würden sich dramatisch verlängern“, so Dr. Axel Munte weiter.


Die im Vergleich schlechteren Einwohner/Hausarzt-Verhältnisse in ländlichen Räumen werden weiter dem negativen Trend folgen, wenn Gegenmaßnahmen unterbleiben. „Stilllegte Krankenhausstationen und nicht mehr besetzte Hausarztpraxen sind nicht nur ein Problem des jeweils zur Sicherstellung Verpflichteten, sondern haben auch per se eine politische Bedeutung“, so der Zweite Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Herbert Eckstein, Roth, der in den Krankenhäusern und Arztpreisen wichtige Einrichtungen der Daseinsvorsorge und wirtschaftliche Standortfaktoren sieht.

Um den bereits jetzt sichtbaren Abwanderungstendenzen zu begegnen, diese aufzuhalten oder jedenfalls abzumildern, haben sich die KVB und der Bayerische Landkreistag zu einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung entschlossen. Als Ziele werden darin insbesondere die Gewährleistung einer qualitäts- und patientenorientierten Versorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen, die Qualitätstieferung der Versorgung unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschritts, eine bessere Verzahnung des ambulanten und stationären Versorgungsangebots und die Förderung des ärztlichen Nachwuchses genannt.


Abschließungserklärung zwischen dem Bayerischen Landkreistag
- Körperschaft des öffentlichen Rechts
- und der
Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns
- Körperschaft des öffentlichen Rechts
- über eine
Kooperation zur gemeinsamen Weiterentwicklung der sektorenübergreifenden medizinischen Versorgung in den bayrischen Landkreisen

I.) Prämambel
Der Bayerische Landkreistag als Zusammenschluss der bayerischen Landkreise, die an 135 Standorten Krankenhäuser unterhalten, und die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) mit ihren über 22.000 Mitgliedern (Hausärzte, Fachärzte und Psychologische Psychotherapeuten) streben eine intensive Kooperation an, um gemeinsam die medizinische Versorgung Patienten- und qualitätsorientiert, sowie ressourcensparend und flächen deckend in allen bayrischen Landkreisen zu gewährleisten.

II.) Die Partner dieser Vereinbarung streben durch diese Kooperation folgende Ziele an:
1.) Gewährleistung einer qualitäts- und patientenorientierten medizinischen Versorgung zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen
2.) Steigerung der Qualität der Versorgung unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschritts
3. Bessere Verzahnung des ambulanten und stationären Versorgungsangebotes durch gemeinsame Maßnahmen

4. Sicherstellung des medizinischen Nachwuchses für die ambulante Versorgung und die Krankenhausversorgung

5. Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der ärztlichen Versorgung in Notfällen

6. Optimierung der medizinischen Versorgung in den Alten- und Pflegeheimen durch sektorenübergreifende Kooperationsmaßnahmen

7. Sektorenübergreifende Vernetzung und Ausbau der vorhandenen IT-Strukturen, insbesondere für die zwischenärztliche Kommunikation und die valide Dokumentation ärztlicher Leistungen

8. Optimierung der personellen, apparativen und räumlichen Ressourcenutzung durch Kooperationsmaßnahmen

III. Die Partner dieser Vereinbarung verpflichten sich insbesondere auf folgende Kooperationsfelder:

1. Statusanalyse
   - Analyse der Stärken und Schwächen der bestehenden Kooperationsbeziehungen auf Landkreisebene (Austausch von Analysedaten)
   - Analyse der ambulanten Notfallversorgung

2. Gemeinsame Versorgungsstrukturen:
   - Entwicklung von Umsetzungsmaßnahmen zur Etablierung oder Intensivierung einer Kooperation zwischen KVB bzw. KVB-Mitgliedern einerseits und dem jeweiligen Krankenhausträger bzw. Krankenhaus, Landkreis/Gesundheitsabteilung andererseits
   - Prüfung der Etablierung oder des Ausbaus von Bereitschaftspraxen zur ambulanten medizinischen Versorgung außerhalb der üblichen Sprechstundenzahlen
   - Abschluss von Kooperationsverträgen, u.a. Ehegattenträger, zur Nutzung der personellen, apparativen und räumlichen Ressourcen der KVB-Mitglieder und der jeweiligen Krankenhäuser einschließlich Überlegungen zu § 116 b SGB V-Leistungen
   - Koordinierungsansprechpartner auf Landkreisebene zur Konsensfindung für sicherstellungsorientierte und rechtskonforme Zulassungen und Ermächtigungen sowie zu Institutsambulanzen
   - Vernetzung der IT-Strukturen zur standardisierten IT-gestützten Kommunikation, Dokumentation und Patientenakte

3. Qualitätsmanagement
   - Etablierung, Messung und Steuerung gemeinsamer Qualitätsziele und Qualitätsindikatoren ggf. einschließlich des Dokumentenmanagements
   - Festlegung von Standards für das Aufnahme-, Entlassungs- und Überleitungs-Management
   - Etablierung von Fallkonferenzen
   - Festlegung von Standards für Diagnostik und Versorgungsprozesse, insbesondere für vor- und nachstationäre Versorgung, Überleitungspflege (Pflegeheime), ambulantes Operieren
   - Einzelmaßnahmen zur Steigerung der Versorgungseffizienz (z.B. Verfahren zur Verkürzung von Wartezeiten für Patienten)
   - Etablierung eines abgestimmten Arzneimittelmanagements
   - Verfahren bei Beschwerden

4. Förderung und Sicherung des medizinischen Nachwuchses
   Vereinbarung über Fördermaßnahmen zur Weiterbildung von angehenden Haus- und Fachärzten und Psychotherapeuten mit dem Ziel, den Nachwuchsbedarf für die lokale bzw. regionale ambulante und stationäre Versorgung zu sichern

5. Erhaltung und Weiterentwicklung des Notarzttdienstes
   - Erhaltung und Weiterentwicklung der vorhandenen Versorgungsstruktur

und Organisation des Notarztamtes auch im Hinblick auf eine anstehende Neufassung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes

• Option, durch Vereinbarungen die KVB mit der operativen Umsetzung der organisatorischen und administrativen Aufgaben (u.a. Dienstplanmanagement, Abrechnung, Patienten-Beschwerdemanagement) zu beauftragen

IV.) Organisation und Steuerung der Umsetzungsmaßnahmen

Um die angestrebten Kooperationsmaßnahmen zu etablieren, verständigen sich die Partner dieser Vereinbarung auf folgende Maßnahmen

1.) Landesebene

Errichtung eines paritätisch besetzten Lenkungsausschusses auf Landesebene, mit je 5 Vertretern der Vertragspartner mit folgender Aufgabenstellung:

• Konkretisierung der einzelnen Kooperationsfelder

• Unterstützung der Umsetzung auf Landkreisebene (z.B. Rahmenvereinbarungen, Musterverträge, Eckpunktkonzepte)

• Institutionalisierung des notwendigen Informationsaustausches

• Begleitung der Umsetzung auf Landkreisebene

• Eskalationsebene bei Interessenskonflikten grundsätzlicher Art auf Landkreisebene

• Abstimmung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu gemeinsamen Kooperationsmaßnahmen

• Als erste Umsetzungsmaßnahme soll zunächst als Pilot für maximal 2 ausgewählte Landkreise

• innerhalb von drei Monaten eine Analyse nach III. Nr. 1 dieser Vereinbarung erstellt werden

• innerhalb von drei Monaten nach dem Analyseergebnis Umsetzungsmaßnahmen entwickelt werden

2.) Landkreisebene

Auf Landkreisebene soll auf der Basis dieser Vereinbarung und der Empfehlungen des Lenkungsausschusses nach IV Nr. 1 die Kooperation durch regelmäßige institutionalisierte Gespräche und Konsensfindung zwischen KVB, KVB-Mitgliedern, Krankenhaus und Krankenhausträgern konsequent umgesetzt und ausgebaut werden.

Geobasisdaten für alle Landkreise Bayerns

Landkreistag und Finanzministerium stellen Modell zur umfangreichen Nutzung sämtlicher Geobasisdaten in Landkreis-GIS-Lösungen vor


Die Vertreter des Landkreistags, Dr. Maria Wellan, unterstützte die Abösung der bisherigen Rahmenvereinbarung durch das neue Modell. Eine entsprechende Vereinbarung könne aber nur abgeschlossen werden, wenn eine ausreichende Anzahl der Landkreise dem Modell zustimme.

Bayerischer Energiepreis 2008

Mit neuer Energie in die Zukunft!


Erfolgstory – Der Bayerische Energiepreis 1999-2006


Weitere Informationen:
Bayer Innovativ GmbH – Bayerisches Energie-Forum
Tel.: 0911-20671-0
energie@bayer-innovativ.de;
www.bayerisches-energie-forum.de

Gisela Baumann,
Bayerisches Energie-Forum
Tel.: 0911-20671-154;
baumann@bayer-innovativ.de

Christoph Kirsch,
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit,
Tel.: 0911-20671-151
kirsch@bayer-innovativ.de

Rechtliche Grundlagen für die kommunale Doppik ergänzt


Für die freiwillig auf die doppelte kommunale Buchführung umgestiegenen bzw. umstehenden Kommunen stellt die KommHV-Doppik eine wichtige Rechtsgrundlage dar. In ihr sind die Vorschriften zur Erfassung und Bewertung des kommunalen Vermögens ebenfalls enthalten wie die Fragen der Haushaltsgliederung, des doppikalen Haushaltsausgleichs, der Rückstellungen oder der Aufstellung und Prüfung der Eröffnungsbilanzen sowie der zukünftigen Jahresabschlüsse. Nunmehr fehlen noch die Endfassung der Bewertungsrichtlinien Bayern sowie ergänzende Verwaltungsvorschriften (z.B. Haushaltsmuster), die aber ebenfalls bereits in Arbeit sind.


Ankündigung:
Fachtagung „Patenschaftsprojekte“


Aus den Landkreisen

Landkreis Cham erhält Integrationspreis „JobErfolg“

Verleihung am Welttag der Menschen mit Behinderung


Die Jury begründete ihre Entscheidung so: „Beim Landkreis Cham arbeiten 42 schwerbehinderte Menschen, was einer Beschäftigungquote von mehr als 14 Prozent entspricht. Die Palette der Behinderungen umfasst unter anderem leichte bis schwerste Bewegungseinschränkungen, Sehbehinderungen sowie verschiedene innere Erkrankungen. Besonderes Augenmerk legt das Landratsamt Cham auf die Auf- und die Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf zum Verwaltungsfachangestellten in ganz Bayern erreicht, freut uns das nicht nur sehr - es beweist auch eindeutig, dass Menschen mit einer Behinderung zu besonderen Leistungen fähig sind. Wir wollen auch in Zukunft im Rahmen unserer Möglichkeiten nicht nur unsere gesetzlichen Vorschriften, sondern in besonderer Weise dazu beitragen, dass Menschen mit einer Behinderung bestmöglich in unserer Gesellschaft integriert werden können.“


Neben den Integrationspreis für die private Wirtschaft und den öffentlichen Dienst wurde ein Ehrenpreis an ein kleines Unternehmen verliehen, das der Beschäftigungspflicht für behinderte Menschen nicht unterliegt, es aber dennoch tut.
Landkreis Straubing – Bogen verleiht Ausbildungspreise 2007

Für ihr herausragendes Engagement in der beruflichen Ausbildung junger Menschen konnten die Sturm Gruppe aus Salchling und die Maschinenbaufirma Räss aus Bogen aus der Hand von Landrat Alfred Reisinger den erstmalig verliehenen Ausbildungspreis des Landkreises Straubing-Bogen entgegennehmen.


Hohe Auszeichnung für Landrat Theo Zellner durch den Deutschen Olympischen Sportbund


Theo Zellner freut sich über diese besondere Auszeichnung, die vor ihm nur Landtagspräsident Alois Glöck als bisher einziger bayerischer Politiker erhalten hat. „Diesen Preis PRO EHRENAMT nehme ich stellvertretend für die vielen ehrenamtlichen Helfer im Landkreis Cham entgegen. Ich sehe ihn als eine Verpflichtung, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Der Sport braucht verlässliche Partner, auch in der Politik. Das möchte ich auch in Zukunft sein!“


Projekt „Demographische Entwicklung aktiv gestalten“


Mit einem Auftaktworkshop haben drei Gruppen ihre Arbeit zu den Themen „Bildung“, „Wohnen und Gebäude“ sowie „Mehrgenerationengemeinde“ aufgenommen:


Ursprünglich sollten nur etwa acht Gemeinden im Modell mitarbeiten; nun haben sich zwanzig Gemeinden gemeldet, die neue Gestaltungsoptionen entwickeln wollen. Bereits mit der ersten Workshopserie wurde eine ganze Reihe von Ideen in die Arbeitskreise gebracht, die sehr intensiv mit den Gemeinden diskutiert werden.


Online Information für Bauherren

Online Plattform für Firmen
Aufgebaut auf dem Wirtschaftsportal der drei Landkreise, können sich neue Berater, Planer und ausführende Betriebe
Aus den Landkreisen

speziell aus dem Energiebereich mit ihren Angeboten gebührenpflichtig in das Portal eintragen. Betriebe, die bereits im Wirtschaftsportal eingetragen sind, können ihren Eintrag ohne zusätzliche Kosten auf das Energieportal ausweiten. Die örtlichen Handwerker und Betriebe erhalten so ein attraktives zusätzliches Forum, um gezielt für sich zu werben.

Kompetenznetzwerk Energie
Konzipierung, Erarbeitung, aber auch Finanzierung des Portals wurden von fast 30 Partnern getragen. In der Zwischenzeit hat sich das Kompetenznetzwerk Energie als stabiles Fundament für eine starke Region entwickelt.

Landrat Theo Zellner und Regionalmanagerin Isabella Bauer freuen sich, dass die Projekte aus dem umfangreichen Katalog umgesetzt werden können.

Der Landkreis Cham ist Leader-Region

Weichen für die Förderung 2007 – 2013 gestellt


Der Landkreis Cham hat im Rahmen der Fortschreibung des Regionalen Entwicklungskonzeptes bereits einen umfangreichen Projektkatalog aufgestellt, der nun in den nächsten sechs Jahren dank der finanziellen Förderung umgesetzt werden kann. Weit über 100 Bürgerinnen und Bürger haben mitgewirkt und ihre Projektvorschläge eingebracht. Nun geht es für die Projektträger darum, diese Vorschläge weiter auszuarbeiten und entsprechende Projektanträge zu stellen, was ab April 2008 möglich sein soll. „Die erneute Auswahl des Landkreises Cham als Leader-Region gleich in der ersten Auswahlrunde ist ein Beweis für die erfolgreiche „Mannschaftsarbeit“ im Landkreis Cham“, so Landrat Theo Zellner zum umfangreichen Engagement aller Beteiligten am Regionalen Entwicklungs- konzept und an der Leader-Bewerbung.
Kommunen bieten sich als Einheitliche Ansprechpartner für in- und ausländische Dienstleister an

EU-Dienstleistungsrichtlinie kann am besten kommunal umgesetzt werden


Referentenentwurf Erneuerbare Energien im Strombereich


Die Treibhausgasemissionen sollen bis zum Jahre 2020 um 40 % reduziert werden. Dabei spielen die erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle. Der Anteil am Primärenergieverbrauch soll sich fast verdreifachen, der an der Stromversorgung mehr als verdoppeln. Mittel- bis langfristig sollen die erneuerbaren Energien die Wettbewerbsfähigkeit im Energiehandelsmarkt erreichen. Demnach sind erneuerbaren Energien so zu vergüten, dass sie eine Chance zum Markteintritt und damit zur Substitution herkömmlicher Energieträger haben.

Der Ausbau der Wasserkraftnutzung stagniert bei 3,5 % der Stromversorgung.
Um bessere Anreize zu setzen, werden ab 2009 die Vergütungssätze für kleine Anlagen (bis 5 Megawatt) angehoben und die Vergütung an ökologische Kriterien gebunden.

**Strom aus Biomasse** verzeichnet ein dynamisches Wachstum, allerdings steigen auch die Kosten für Rohstoffe, sodass die jährliche Depression zur Verringerung der Nutzungskonkurrenz erhitzt wird. Zudem wird der Bonus für Kraftwärmekopplung angehoben und im Gegenzug die Grundvergütung vor allem für große Anlagen gesenkt. Damit sollen effiziente dezentrale Strukturen gestärkt werden.

Die Stromgestehungskosten für Windenergie sind seit 1991 um 60 % gesunken.

Um aber die Preissteigerungen bei Stahl und Kupfer aufzufangen, soll die jährliche Depression der Vergütungsspreize von 2 auf 1 % abgesenkt werden. Die Entwicklung der Windenergienutzung auf See geht langsamer voran als erwartet. Ein Grund dafür sind die Kosten, die höher ausfallen als bisher angenommen wurde. Daher soll die Anfangsvergütung auf ein mit anderen EU-Ländern vergleichbares Niveau angehoben und im Gegenzug die Endvergütung abgesenkt werden.


**Deutsch-französisch-polnische Kommunalkonferenz in Warschau**

Im Oktober veranstalteten die kommunalen Spitzenverbände Deutschlands, Frankreichs und Polens gemeinsam mit der französischen und deutschen Botschaft in Polen, dem polnischen Außenministerium sowie der Wojwodschaft Mazowien eine Konferenz im Rahmen der „Arbeitskreise zur territorialen europäischen Zusammenarbeit“ in Warschau.


Während der zweitägigen Veranstaltung hatten die 200 Teilnehmer Gelegenheit, potenzielle Partner für Kommunalpartnerschaften kennen zu lernen oder neue Projektiinitiativen im tri- oder multilateralen Rahmen anzustoßen.

Die Veranstaltung leistete einen weiteren gelungenen Beitrag zur Vertiefung des „Weimarer Dreiecks“ auf der kommunalen Ebene. Dies entspricht nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl der bestehenden Kreispartnerschaften zwischen Frankreich, Polen und Deutschland den Interessen und Initiativen der Auslandsarbeit des DLT. Auch die bestehenden Verbandspartnerschaften der Landkreistage Deutschlands und Polens konnte so gefestigt werden.

**Landkreise engagieren sich gegen Fremdenfeindlichkeit**

Initiative „Orte der Vielfalt“ ruft Kommunen zur Teilnahme auf


Dupré erläuterte die Bedeutung der Thematik für die Landkreise: „Die Landkreise sehen es als eine ihrer selbstverständlichen Aufgaben an, jeder Form von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Gerade die Kommunen sind für die Stärkung von Toleranzdenken und Demokratie die geeignete politische Ebene, weil hier die Bürger selbst Verantwortung für die Gestaltung der Lebenswirklichkeit vor Ort übernehmen können. Kommunale Selbstverwaltung eben.“ Insoweit stehe ein ernsthafter Umgang mit dieser Problematik ganz oben auf der kommunalen Agenda, um der Verbreitung und Verfestigung rechtsextremistischer Einfälle wirksam entgegenzuwirken. Rechtsextreme Aktionen und Versammlungen seien vor allem und in erster Linie im kommunalen Kontext wahrnehmbar und belasteten das Zusammenleben der Bürger. „Von Fremdenfeindlichkeit sind zudem die Landkreise regional sehr unterschiedlich betroffen, so dass gemäß der konkreten Gegebenheiten entsprechend flexibel agiert werden muss.“

„In ihrer Aufklärungsarbeit können die Landkreise ihre vielfältigen Einflussmöglichkeiten nutzen und etwa in sozialen Einrichtungen Kindern und Jugendlichen das nötige Wissen vermitteln, um sie bereits früh für extremistisches Gedankengut zu sensibilisieren.“ So gesehen handelt es sich vor allem um eine Bildungsaufgabe.

Generell, so Dupré, müsse man der jungen Generation Perspektiven und Chancen eröffnen, um sie zum verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Herkunft und der anderen Menschen zu ermutigen.


Vertrag von Lissabon


Wichtige horizontale Änderungen


Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament wird von derzeit 785 auf maximal 750 Mitglieder verkleinert. Die Mindestzahl an Abgeordneten, die einem Mitgliedstaat zustehen, liegt bei sechs, die Obergrenze bei 96. Für Deutschland, das derzeit von 99 Abgeordneten vertreten wird, ergibt sich somit eine Reduzierung um drei Parlamentssitze.

Die Europäische Kommission


Europäischer Rat und Präsident des Europäischen Rates


Entscheidungsverfahren


Beschlussfassung im Rat mit qualifizierter Mehrheit


Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Der Außenminister, der die EU-Verfas-

**Grundrechtcharter**

Die Charta der Grundrechte wird zwar nicht direkt in das Vertragswerk aufgenommen. Es wird jedoch in einem Artikel darauf verwiesen, dass die Grundrechtcharter dieselbe Rechtsverbindlichkeit hat wie die Verträge selbst. Eine Sonderstellung nehmen Polen und das Vereinigte Königreich ein. Dort werden durch die Charta keine einklagbaren Rechte geschaffen, sofern diese nicht im nationalen Recht vorgesehen sind.

**Anerkennung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts**


**Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit**

Positiv bewertet werden kann auch die Neufassung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit: „Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der im Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind.“ Während

das Subsidiaritätsprinzip bislang nur auf das Verhältnis von Gemeinschaft zu den Mitgliedstaaten Anwendung fand, wird es nunmehr auch auf das Verhältnis der Union zu den Kommunen angewendet.


**Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge)**

Grundlegend überarbeitet wurde auch der bisherige Art. 16 EG-Vertrag, der die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, d.h. die Daseinsvorsorge, zum Gegenstand hat. Der neu gefasste Artikel führt eine Rechtsetzungskompetenz für die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ein: „Diese Grundsätze und Bedingungen werden vom Europäischen Parlament und vom Rat durch Verordnungen nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unbeschadet der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten festgelegt, diese Dienste im Einklang mit den Verträgen zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu finanzieren.“


**Ausschuss der Regionen**

Auch der Vertrag von Lissabon billigt dem Ausschuss der Regionen keinen Organstatus zu; der Ausschuss bleibt somit eine beratende Einrichtung der Union. Dennoch wird seine Bedeutung aufgewertet, was sich insbesondere aus dem Klagerecht ergibt, das ihm zugewiesen wird, um vor dem Europäischen Gerichtshof Verstöße gegen die Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit geltend zu machen. Gemäß dem Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gilt dieses Klagerecht im Hinblick auf alle Gesetzgebungsakte, für deren Erlass die Anhörung
EU-Kommission präsentiert Arbeitsprogramm für 2008

Zum Jahresende stellt die EU-Kommission in Brüssel ihr so genanntes Arbeitsprogramm des folgenden Kalenderjahres vor. Neben der politischen Hauptaufgabe „Ratifizierung des EU-Reformvertrages“ will die Kommission 2008 Maßnahmen in folgenden Bereichen vorantreiben:

- Wachstum und Beschäftigung,
- „Nachhaltiges Europa“,
- Steuerung der Migration,
- Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt Europas sowie
- die Rolle der EU in der Welt.

Dies deckt sich im Übrigen mit der 2005 verabschiedeten strategischen Fünf-Jahres-Planung der EU-Kommission.

Kommunalrelevante Themen

Von den insgesamt 162 Initiativen, die die Kommission plant, sind aus kommunaler Sicht insbesondere hervorzuheben:

- jährlicher Fortschrittsbericht zur Lisabon-Strategie,
- Weißbuch zum Klimawandel,
- Überprüfung der Richtlinien zur Energiesteuerung sowie zur Energieeffizienz von Gebäuden im Rahmen des sog. Energiepakets
- Grünbuch zum Thema „Migration und Bildung“,
- Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik,
- Verordnung zur Bewertung benachteiligter Gebiete,
- Mitteilung zu Maßnahmen gegen den Forstabbau,
- Mitteilung zur Qualität von Gesundheitsdienstleistungen,
- Grünbuch zu den Gesundheitsberufen in Europa,
- neue Antidiskriminierungsrichtlinie, die erstmals auch Diskriminierungen außerhalb des Arbeitsplatzes erfasst,
- Mitteilung zu Radikalismus und Gewalt,
- Mitteilungen zur Einreichung der externen Kosten im Verkehrssektor sowie zur „Vergrünung“ des Transportssektors.


Tagung „Alter und Kultur“ im April 2008 in Nürnberg

Thematik erstmals in Bayern interdisziplinär behandelt


Der Bogen wird von rüstigen und aktiven Senioren ab 65 Jahren bis hin zu denen gespannt, die in Pflegeheimen leben. Der Kulturkonsum in Theater, Oper oder Museen ist ebenso ein Thema wie die eigene kulturelle Aktivität im Alter, die kulturelle Bildung oder das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen. Als eine besondere Zukunftsaufgabe wird die Kulturarbeit mit altenden Migranten diskutiert. Die Potentiale des Alters und die Chancen, die sich für die Kulturarbeit ergeben, werden im Rahmen der Tagung thematisiert und die Herausforderungen für Kultureinrichtungen, für Vereine, Kulturschaffende oder Träger von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe.


Anmeldung bis zum 29. Februar 2008 per Mail (h.martin@bay-bezirke.de) oder über das Internet www.bay-bezirke.de mit genaues Tagungsprogramm und Rückantwortformular.
100 000 Euro für beispielhafte Landnutzung


* * *

Korrektur:
Soweit bei Redaktionsschluss bekannt, feiern folgende Kreisrätiinnen und Kreisräte im Januar, Februar, März und April 2008 Geburtstag:

Oberbayern

Januar

Im Landkreis Berchtesgadener Land wird Kreisrat Johann Datman aus Ramsau am 24.1.2008 70 Jahre alt.
Kreisrätin Renate Hornung, Landkreis Fürstenfeldbruck, wird am 29.1.2008 70 Jahre alt.

Februar

Kreisrat Martin Esterl aus dem Landkreis Ebersberg wird am 5.2.2008 60 Jahre alt.
Im Landkreis Eichstätt feiert Kreisrat Johann Bauernfeind aus Tittling am 7.2.2008 das 60. Lebensjahr.
Ebenfalls im Landkreis Eichstätt wird Kreisrat Konrad Liepold aus Dollnstein am 24.2.2008 65 Jahre alt.
Kreisrat Dr. Martin Runge, MdB, aus dem Landkreis Fürstenfeldbruck wird am 15.2.2008 50 Jahre alt.
Ebenfalls im Landkreis Fürstenfeldbruck vollendet Kreisrat Josef Drexler am 22.2.2008 das 60. Lebensjahr.
Im Landkreis Miesbach wird Kreisrat Herbert Fischhaber aus Bad Wiessee am 2.2.2008 65 Jahre alt.
Im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen feiert Kreisrat Dr. Helmut Elkam aus Schrobenhausen am 24.2.2008 den 65. Geburtstag.
Im Landkreis Starnberg vollendet Kreisrat Helmut Wagner am 26.2.2008 das 65. Lebensjahr.
Kreisrat Sebastian Röckenwagner aus Fridolfing im Landkreis Traunstein wird am 12.2.2008 65 Jahre alt.
Im Landkreis Weilheim-Schongau feiert Kreisrat Rudolf Marquardt am 2.2.2008 den 70. Geburtstag.

März

Am 11.3.2008 wird Kreisrätin Monika Spies aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen 60 Jahre alt.
Kreisrat Klaus Schöffel aus dem Landkreis Ebersberg wird am 2.3.2008 70 Jahre alt.
Im Landkreis Erding wird Kreisrat und 1. Bürgermeister Josef Stern aus Dorfen am 5.3.2008 60 Jahre alt.
Kreisrat Dr. Ludger Goppel aus Wallgau im Landkreis Garmisch-Partenkirchen vollendet am 19.3.2008 das 70. Lebensjahr.
Kreisrat und Bürgermeister Ottmar Mayer aus Penzing im Landkreis Landsberg a. Lech wird am 29.3.2008 70 Jahre alt.
Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Maria Scharbert aus Kirchanschöring im Landkreis Traunstein am 3.3.2008.
Ebenfalls im Landkreis Traunstein wird Kreisrat Peter Holzner aus Traunreut am 19.3.2008 81 Jahre alt.

Kreisrat Helmut Schmidbauer, Landkreis Weilheim-Schongau, wird am 19.3.2008 65 Jahre alt.

April

Im Landkreis Altötting feiert Kreisrat Christoph Unterhuber aus Burghausen am 28.4.2008 den 50. Geburtstag.

Kreisrat Gerhard Knill aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen wird am 13.4.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen feiert Kreisräthin Dr. Gabriele Stauner am 22.4.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Dachau wird Kreisräthin Marese Hoffmann am 21.4.2008 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Peter Widmann, Landkreis Ebersberg, am 4.4.2008.

Am 23.4.2008 wird Kreisrat Prof. Dr. Jürgen Vocke aus dem Landkreis Ebersberg 65 Jahre alt.

Kreisrätin Hildegard Schiesterl aus Gaimersheim im Landkreis Eichstätt wird am 10.4.2008 60 Jahre alt.


Ebenfalls im Landkreis Erding wird Kreisrat Dr. Reinhard Kubo aus Moosinning am 23.4.2008 65 Jahre alt.


Im Landkreis Freising feiert Kreisrat Johann Schweiger aus Moosburg am 5.4.2008 den 70. Geburtstag.

Kreisrat und Oberbürgermeister Dieter Thalhammer aus Freising im gleichnamigen Landkreis wird am 18.4.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wird Kreisrat und Altbürgermeister Rudolf Schedler aus Bad Kohlgrub am 24.4.2008 70 Jahre alt.


Ebenfalls im Landkreis Miesbach wird Kreisrat Richard Kölbl aus Kreuth am 29.4.2008 75 Jahre alt.


Niederbayern

Januar

Im Landkreis Kelheim wird Kreisrat Karl Zettl aus Neustadt/Donau am 15.1.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Passau feiert Kreisrat Fritz Pflugbühl aus Haarbach am 7.1.2008 den 60. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Passau vollendet Kreisrat Max Brandl aus Büchberg am 24.1.2008 das 70. Lebensjahr.

Im Landkreis Landshut wird Kreisrat Hans Schimpfhauser am 22.1.2008 60 Jahre alt.


Kreisräthin und stellvertretende Landräthin Christa Heislinger aus Steinach im Landkreis Straubing-Bogen wird am 26.1.2008 65 Jahre alt.

Februar

Im Landkreis Deggendorf wird Kreisrat Günther Stadler am 4.2.2008 60 Jahre alt.


Kreisrat Ernst Hinsken, MdB, aus Haidach im Landkreis Straubing-Bogen feiert am 5.2.2008 den 65. Geburtstag.

März

Kreisrat Alois Kern aus Eichendorf/Auhausen im Landkreis Dingolfing-Landau wird am 24.3.2008 60 Jahre alt.


Kreisrat Max Haugeneder aus Grainau im Landkreis Freyung-Grafenau feiert am 4.3.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Landshut wird Kreisrat und Bürgermeister Arno Wolf aus Pfaffenhäusern 85 Jahre alt.


Kreisrat Franz Enthoffer aus Kößmarn im Landkreis Passau wird am 1.3.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Regen vollendet Kreisrat
Personalien

Josef Brunner aus Ruhmannsfelden am 4.3.2008 das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Michael Schmelmer aus Drachselsried im Landkreis Regen wird am 25.3.2008 65 Jahre alt.

Kreisrat Gerd Peschke aus Hunderdorf im Landkreis Straubing-Bogen vollendet am 25.3.2008 das 70. Lebensjahr.

April


Oberpfalz

Januar


Im Landkreis Regensburg feiert Kreisrat Max Kolb am 11.1.2008 den 50. Geburtstag.


Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Reinhard Erbs, Landkreis Regensburg, am 4.1.2008.

Kreisrat Michael Ebnet aus Schönsee im Landkreis Schwandorf wird am 29.1.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Tirschenreuth feiert Kreisrat Kurt Scharf aus Kehnath am 22.1.2008 den 50. Geburtstag.

Februar

Im Landkreis Amberg-Sulzbach wird Kreisrat Werner Cemak aus Kümmerbruck-Theuern am 1.2.2008 60 Jahre alt.


Das 80. Lebensjahr vollendet Kreisrat Leo Graß, Landkreis Regensburg, am 17.2.2008.

Kreisrat Arnold Kimmert aus Pfreimd im Landkreis Schwandorf wird am 5.2.2008 60 Jahre alt.


Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Rainer Fischer aus Waldsassen im Landkreis Tirschenreuth am 22.2.2008.

März

Kreisrat Karl Roppert aus Ensdorf im Landkreis Amberg-Sulzbach wird am 16.3.2008 60 Jahre alt.


Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmut Lahner, Landkreis Neumarkt i. d. OPf, am 5.3.2008.


Kreisrat Michael Drindl aus dem Landkreis Regensburg feiert am 12.3.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Schwandorf feiert Kreisrat Georg Pfannenstein aus Pfreimd am 4.3.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Franz Kühn aus Tirschenreuth im gleichnamigen Landkreis wird am 27.3.2008 60 Jahre alt.

April

Kreisrat Sepp Falk aus Hirschau im Landkreis Amberg-Sulzbach wird am 10.4.2008 50 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmut Rösch aus Hirschau im Landkreis Amberg-Sulzbach am 17.4.2008.

Ebenfalls im Landkreis Amberg-Sulzbach wird Kreisrat Dr. Ibrahim Gamal aus Sulzbach-Rosenberg am 21.4.2008 75 Jahre alt.


Im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab wird Kreisrat Josef Neubauer am 18.4.2008 60 Jahre alt.

Oberfranken

Januar

Kreisrätin Anna Brütting aus dem Landkreis Bayreuth wird am 5.1.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Forchheim feiert Kreisrat Paul Pöhlmann aus Wiesental am 9.1.2008 den 70. Geburtstag.


Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Helmuth Breitenfelder aus dem Landkreis Kulmbach am 4.1.2008.


Februar

Kreisrat Erich Pöhlmann aus Oberkotzau im Landkreis Hof wird am 12.2.2008 60 Jahre alt.


März


Im Landkreis Bayreuth vollendet Kreisrat Günther Vogel aus Speichersdorf am 11.3.2008 das 60. Lebensjahr.

Am 19.3.2008 wird Kreisrat Hannesjürgen Lommer aus Naia im Landkreis Hof 70 Jahre alt.


Ebenfalls im Landkreis Hof wird Kreisrat Hagen Rothemund aus Rehau am 30.3.2008 50 Jahre alt.


Kreisrat Hans Peter Marx aus Burgkunstadt im Landkreis Lichtenfels vollendet am 12.3.2008 das 50. Lebensjahr.


April

Im Landkreis Coburg wird Kreisrat Hermann Lanki aus Weißenbrunn am 29.4.2008 70 Jahre alt.


Kreisrätin Jutta Laczó aus Tettau im Landkreis Kronach wird am 8.4.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Kulmbach wird Kreisrätin Cosima Asen am 14.4.2008 60 Jahre alt.

Mittelfranken

Januar


Kreisrat Werner Nickel aus Zirndorf im Landkreis Fürth wird am 17.1.2008 60 Jahre alt.


Februar

Kreisrat Jorg Zehnder aus Heilbronn im Landkreis Ansbach wird am 24.2.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Fürth feiert Kreisrat Wilhelm Bogner aus Oberasbach am 3.2.2008 den 75. Geburtstag.


Im Landkreis Roth feiert Kreisrat Hermann Krämer aus Heideck am 14.2.2008 den 70. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Roth vollendet Kreisrat Johann Schwab aus Abenberg am 15.2.2008 das 65. Lebensjahr.


März

Kreisrat Berthold Östreich aus Roßtal im Landkreis Fürth wird am 30.3.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Fürth wird Kreisrat Ernst Ixmeier aus Zirndorf am 16.3.2008 70 Jahre alt.


April

Kreisrat Andreas Stark, Landkreis Erlangen-Höchstadt, wird am 7.4.2008 70 Jahre alt.


Kreisrat Werner Baum aus Treuchtlingen, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, wird am 13.4.2008 50 Jahre alt.

Unterfranken

Januar

Im Landkreis Aschaffenburg wird Kreisrätin Christine Fenn am 27.1.2008 70 Jahre alt.


Im Landkreis Kitzingen feiert Kreisrätin Dorothea Vay aus Dettelbach am 6.1.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Siegfried Seiling, Landkreis Main-Spessart, wird am 9.1.2008 65 Jahre alt.

Kreisrat Manfred Dietz aus Bastheim im Landkreis Rhön-Grabfeld vollendet am 11.1.2008 das 60. Lebensjahr.

Februar

Kreisrat Alfred Schrenk aus Wildflecken im Landkreis Bad Kissingen wird am 5.2.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Haßberge feiert Kreisrat Werner Thein aus Maroldsweisach am 19.2.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Rudi Eck aus Haßfurt im Landkreis Haßberge wird am 20.2.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Main-Spessart feiert Kreisrat Erwin Ries am 14.2.2008 den 81. Geburtstag.

Kreisrätin Angelika Willmsky aus Bad Königshofen i. Gr. wird am 22.2.2008 60 Jahre alt.

März

Kreisrat Dieter Maiburger, Landkreis Aschaffenburg, wird am 3.3.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Haßberge feiert Kreisrat Emil Däschner aus Ebelebach am 7.3.2008 den 75. Geburtstag.

Im Landkreis Haßberge wird Kreis-
r: Rainer Marquardt aus Haßfurt am 19.3.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Karl Andreas Schröder aus Volkach im Landkreis Kitzingen feiert am 7.3.2008 den 75. Geburtstag.


Kreisrat und stellvertretender Landrat und Altbürgermeister Hermann-Josef Eck aus Bürgstadt im Landkreis Miltenberg wird am 6.3.2008 70 Jahre alt.


Kreisrätin Siglinde Fröhlich aus Bastheim im Landkreis Rhön-Grabfeld wird am 7.3.2008 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Jörg Flieglauf aus Bad Königshofen i. Gr. im Landkreis Rhön-Grabfeld am 25.3.2008.

Kreisrat und stellvertretender Landrat Heinrich Freiherr von Zobel, Ochsenfurt-Darstadt, aus dem Landkreis Würzburg wird am 5.3.2008 50 Jahre alt.

April

Kreisrätin Linda Plappert-Metz aus dem Landkreis Main-Spessart wird am 7.4.2008 50 Jahre alt.


Am 4.4.2008 wird Kreisrätin Annemarie Oechsner aus Ochsenfurt im Landkreis Würzburg 65 Jahre alt.

Schwaben

Januar

Kreisrat Hans-Dieter Kandler aus dem Landkreis Aichach-Friedberg wird am 5.1.2008 50 Jahre alt.


Im Landkreis Ostallgäu vollendet Kreisrat Franz Greif aus Buchloe am 13.1.2008 das 70. Lebensjahr.

Kreisrätin Gabriele Merk aus Boos im Landkreis Unterallgäu wird am 18.1.2008 50 Jahre alt.

Februar

Kreisrätin Annemarie Finkel aus Dinkelscherben/Fleinhäusern im Landkreis Augsburg wird am 10.2.2008 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Gabriele Huber aus Schwabmünchen im Landkreis Augsburg am 9.2.2008.

Kreisrätin Ursula Bammert aus Offingen im Landkreis Günzburg wird am 6.2.2008 65 Jahre alt.


Kreisrat Alois Alt, Landkreis Neu-Ulm, wird am 7.2.2008 75 Jahre alt.

Kreisrätin Elisabeth Weyhmüller, Landkreis Neu-Ulm, vollendet am 20.2.2008 das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Ostallgäu feiert Kreisrat Franz Unsinn aus Görresried am 26.2.2008 den 75. Geburtstag.

März

Kreisrat Rupert Reitberger aus dem Landkreis Aichach-Friedberg wird am 3.3.2008 70 Jahre alt.

Im Landkreis Augsburg feiert Kreisrat Robert Steppich aus Zusmarshausen/Wollbach am 8.3.2008 den 50. Geburtstag.

Kreisrat Josef Fackler aus dem Landkreis Neu-Ulm wird am 16.3.2008 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Neu-Ulm feiert Kreisrat Franz Ihle am 17.3.2008 den 75. Geburtstag.

Kreisrat Hugo Wirthensohn aus Allensbach im Landkreis Oberallgäu wird am 20.3.2008 50 Jahre alt.


Kreisrat Franz Herb aus Rüchholz im Landkreis Ostallgäu vollendet am 29.3.2008 das 60. Lebensjahr.

Im Landkreis Unterallgäu wird Kreisrat Roland Demmeier aus Boos am 17.3.2008 75 Jahre alt.

April

Kreisrat Hansjörg Krazeisen aus dem Landkreis Aichach-Friedberg wird am 15.4.2008 65 Jahre alt.


Kreisrätin Doris Scheu er aus Herrgät im Landkreis Lindau wird am 15.4.2008 70 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Peter Kaiser aus dem Landkreis Neu-Ulm am 24.4.2008.